



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur innern Kolonisation in Preußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Meisterwerk, caffelatte, Milchcaffee). Auch bei den Italienern beginnt also die praktische Rücksicht zu überwiegen.

Was aber jetzt Italien vor allem not thut, das scheint zu sein, soweit ein Fremder darüber urteilen darf: eine starke, von der alles vergiftenden parlamentarischen Cliquenwirtschaft möglichst unabhängige, stetige monarchische Regierung, eine gründliche Steuer- und Agrarreform und die Weiterführung der Arbeiterschutzgesetzgebung, endlich Reformen des Unterrichtswesens in den eingeschlagenen Richtungen. Sehr viel wird dabei freilich auf die Einsicht und den Patriotismus der führenden Stände ankommen. Daß sie, wie kürzlich in einer angesehenen deutschen Monatschrift zu lesen war, „impotent“ seien, kann man doch angesichts ihrer Leistungen in der Einigung und im Ausbau des Königreichs nicht so schlankweg behaupten. Ein modernes Land in der Weise Englands und Nordamerikas wird freilich Italien niemals werden, in diesen Bahnen wird es schwerlich jemals eine führende Stellung erringen. Dazu ist dieses Volk zu schönheitsfroh und lebensfreudig, zu fein organisiert. Und das ist ein Glück für die Kultur der Welt, die sich zu einer form- und geistlosen, materialistischen Einseitigkeit entwickeln würde, wenn die Sätze *Dollar is king* und *Time is money* jemals allgemeine Geltung erhielten. Welchen Wert hat denn schließlich die wirtschaftliche Arbeit, wenn sie Selbstzweck und nicht vielmehr Mittel zum Zweck, zu geistiger und sittlicher Vervollkommnung wird? Auch der Rat, den man den Italienern gern geben möchte, auf eine große auswärtige Politik und ihr kostspieliges Rüstzeug zu verzichten, um sich ganz der innern Arbeit zu widmen, ist für sie unannehmbar. Denn das materielle Wohl der vielen ist zwar ein wichtiges Ziel der Politik, aber weder das einzige noch das höchste. Ein Verzicht auf die Großmachtstellung würde Italien in den Augen auch der Italiener entehren, und so notwendig die Selbstachtung für den Einzelnen ist, so notwendig ist sie auch für ein Volk.



Zur innern Kolonisation in Preußen



ie innere Kolonisation und ihr richtiger Betrieb ist nach dem Urteil wohl aller vaterländisch gesinnten Kreise eine hochwichtige nationale, wirtschaftliche, sozialpolitische, kurz eine große Frage des allgemeinen Staatsinteresses, eine Frage, bedeutungsvoll nicht bloß für unsern engern Osten, als das eigentliche Kolonisationsland, sondern für ganz Preußen und damit für unser ganzes deutsches Vaterland. Denn wir brauchen, wie die Verhältnisse liegen, ein gesundes, lebensfrisches und lebensfrohes, deutschnationales bäuerliches Bollwerk gegen das Slawentum nicht bloß in den sogenannten Ansiedlungsprovinzen (Posen

und Westpreußen), sondern auch in den weitem Grenzprovinzen. Darüber sollte doch kaum mehr ein Zweifel bestehen. Nun liegt aber, abgesehen von der auf die Ansiedlungsprovinzen beschränkten königlichen Ansiedlungskommission, die ganze innere Kolonisation heute thatsächlich der Hauptsache nach in der Hand der die Güterparzellierung bekanntlich im großen geschäfts- und gewerbmäßig betreibenden Berliner Landbank. Mit ihr und ihrem Geschäftsbericht aus dem Jahre 1899 beschäftigte sich kürzlich eingehend die sozialpolitische Monatschrift „Land“ (Nr. 16 vom 15. Mai 1900). Auch sie weist darauf hin, daß der Landbank wegen ihres Geschäftsumfanges eine große Bedeutung im Staate zukomme, und zieht dann einen Vergleich ihres Verfahrens mit dem der königlichen Ansiedlungskommission. Diese wirke — im scharfen Gegensatz zu dem Verfahren der Landbank — gerade dadurch so segensreich, daß sie zunächst kultiviere und erst dann besiedle, daß sie sich aber auch mit einer geringen Verzinsung ihres Anlagekapitals begnüge und nicht auf hohe Prozente bedacht sei. Dem gegenüber wird der Landbank nachgewiesen, daß sie ihren Aktionären auch 1899 zwar wieder nur 7 Prozent(!) aus dem erzielten Reingewinn ausgezahlt habe, daß aber thatsächlich das am Gewinn teilnehmende Aktienkapital von acht Millionen Mark einen Reingewinn von 790 000 Mark gebracht habe, das seien etwa $9\frac{1}{2}$ vom Hundert. Verkäufer und Käufer der Bank hätten aber nicht nur diesen ganzen Reingewinn, sondern auch noch die Verwaltungskosten (Beamtenbefoldungen usw.) mit 225 000 Mark zu tragen; ihnen koste also die Vermittlung 790 000 Mark + 225 000 Mark oder mehr als eine Million in einem einzigen Jahre!

Bei diesen Zahlen ist aber noch die Thatsache ganz außer Betracht gelassen, daß die Gesellschaft ihre ersten fünf Millionen Aktien mit 120 an die Börse gebracht hat, also auch dabei noch wieder um eine Million herum verdient hat, der bei der Ausgabe der zweiten fünf Millionen Aktien ein weiterer Gründergewinn von noch einer Million folgen oder gefolgt sein dürfte. Das sind ganz ungeheuerliche Zahlen, die die Sache trägt, ganz abgesehen davon, daß doch eigentlich Schweiß und Blut des kleinen Besitzers dies der Finanz einbringen. So meint auch die genannte Zeitschrift, dieser Geschäftsbericht der Landbank bedeute wiederum eine dringende Mahnung an die Staatsregierung, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, wodurch es unmöglich gemacht werde, daß durch den Zwischenhandel mit Grundstücken, insbesondre durch deren Verschlagung, so hohe Gewinne erzielt und Millionen der Landwirtschaft entzogen würden; oder wolle sie etwa warten, bis sich die Privatspekulation durch Verschlagung der guten Grundstücke und Gewinnung der kapitalkräftigen und persönlich tüchtigen Ansiedler ihren Gewinn in Sicherheit gebracht habe, und wolle sie dem Staate, den Gemeinden, gemeinnützigen Gesellschaften usw. nur die der vorherigen Melioration bedürftigen Güter und die Kolonisten von geringem Wert vorbehalten? Die Landbank sei an erster Stelle auf Geldgewinn und nicht, wie sie häufig und mit Vorliebe betone, auf die Förderung nationaler und sozialpolitischer Aufgaben bedacht. Diese Ziele kämen nur als notwendige

Folge der Art ihrer Geschäfte in Betracht. Es sei darum, gelinde gesagt, unbegreiflich, daß sie sich noch über mangelndes Entgegenkommen der Behörden beklage; sollten diese etwa dazu behilflich sein, daß noch höhere Prozente verdient würden?

Wir meinen, dieser Mahn- und Warnruf ist leider nur zu sehr berechtigt. Die Landbank und ihr hoher Verdienst im Zwischenhandel auf Kosten der Landwirtschaft sind für uns dabei nur ein charakteristisches Beispiel — eins für viele! Die Landbank ist eben Kaufmann und Geschäftsmann in erster und letzter Reihe — genau so, wie die andern kleinern und kleinsten gewerbsmäßigen „Parzellöre.“ So hat die „Deutsche Ansiedlungsbank“ in Berlin nach ihrem Geschäftsbericht für 1898 bei einem eingezahlten Kapital von einer Million Mark aus der Parzellierung zweier Rittergüter einen Gewinn von 76000 Mark erzielt und davon 8 vom Hundert mit 52000 Mark als Dividende an die Aktionäre verteilt — dieselbe Bank, die erst kürzlich im Kreise Czarnikau unmittelbar an der deutsch-polnischen Sprachgrenze der Provinz Posen dem hartbedrängten Deutschtum durch den Verkauf eines großen Restgutes aus deutscher Hand an einen Polen einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat — natürlich mit eignem gutem Verdienst. Und das war ja die Hauptsache! Ein bekannter jüdischer „Vermittler“ im Kreise Kolberg würde auch davon erzählen können, was das „Geschäft“ einbringt. So könnten wir noch vieles aufzählen. Jede persönliche Anfeindung scheidet für uns aus, sachlich aber müssen wir immer wieder die Meinung vertreten, daß die innere Kolonisation nicht dem „Geschäft,“ und das ist doch die große und die kleine Güterschlächtere, überlassen und überantwortet werden kann und darf. Vielmehr drängen alle Erfahrungen dahin, im Staatsinteresse unbedingt zu fordern, daß der Staat als höchsteigner Unternehmer die Güterverteilung im Osten in seine eigne starke Hand nimmt. Dazu dürften die obigen Zahlen wieder beweisen, daß er das auch als Finanzmann bedenkenfrei thun kann. Es handelt sich für uns im Osten doch wahrlich nicht bloß darum, daß einer und mehrere Ansiedler als solche lebensfähig angelegt werden und dann wohl für sich auf ihrer neuen Stelle auch vorwärts kommen können, es handelt sich vielmehr darum, in unserm preußischen Osten ganze und große lebensfähige neue Gemeinwesen zu schaffen, und zwar — damit steht auch die brennende Landarbeiterfrage in engster Verbindung — dort, wo sie am Plage sind. Die erste Grundlage solcher neuer Gemeinwesen aber ist, abgesehen von der richtigen Gliederung der Besitzstände auf einem zur Besiedlung überhaupt geeigneten Boden, das Gemeindevermögen, an dessen Fehlen auch die sonst so vorbildliche Ansiedlungspolitik des großen Friedrich krankt. Die Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse einer Kolonie mit Bezug auf die Gemeinde, die gemeinwirtschaftlichen Verhältnisse, auch die Schule und die Kirche sind und bleiben aber für den gewerbsmäßigen Kolonisateur hohe Klippen, die er möglichst zu umschiffen bemüht sein wird, für den Staat als Kolonisateur dagegen die vornehmste Aufgabe. Man hatte ja deshalb in Preußen einen so guten

und richtigen Anfang mit der staatlichen Ansiedlungskommission gemacht, einer Behörde, die sich der ihr gestellten Aufgabe ganz und gar gewachsen gezeigt hat, die, von großen Anschauungen geleitet, wirklich systematisch auf dem Kolonisationsgebiete vorgeht, und zwar so, daß ihr Wirken und Schaffen heute uneingeschränkte Anerkennung auch bei ihren grundsätzlichen Gegnern gefunden hat. Dabei steht fest, daß auch sie, die von vornherein erst wieder zu kolonisieren lernen mußte, die mancherlei aus nationalpolitischen Gründen besonders aufzuwenden hat, das Staatsgeld noch mit etwa 3 Prozent verzinsen, also auch das finanzielle Staatsinteresse wahren kann. Statt nun aus solchen Erfahrungen die Nutzenwendung dahin zu ziehen, daß man, wenn auch nur nach und nach, von Provinz zu Provinz mit dem Ausbau der Ansiedlungskommission weiter ging, zog man sich mit dem sonst so richtigen Grundgedanken der „Rente“ in den Rentengutsgeetzen von 1890/91 auf einen neuen Versuch zurück, die sogenannte Vermittlungstheorie: mit Hilfe und auf Kosten bankrotter Gutsbesitzer, die nichts zu geben, aber auch nichts zu verlieren hatten, wollte man durch die Generalkommission staatlich kolonisieren!

Dieser Versuch mußte mißglücken, wie er thatsächlich verunglückt ist, jedenfalls aber keine für einen großen Staat nennenswerten Ergebnisse gezeitigt hat, und der gegenwärtig so gut wie ganz außer Kurs gesetzt ist. Darüber besteht heute kein Zweifel mehr, und müßig erscheint der Streit, ob die Mißerfolge, oder richtiger die Unzulänglichkeit der Erfolge der Generalkommission ihrer einer Kolonisationsbehörde nicht entsprechenden Organisation zur Last gelegt werden müssen, oder nicht vielmehr dem falschen gesetzgeberischen Grundgedanken: untaugliche Werkzeuge, unzureichende Geldmittel, denn ohne Geldmittel kann eben nicht kolonisiert werden. Heute kommt es uns darauf an, festzustellen, daß sich jetzt wieder der Staat an diesen verfehlten Versuch anlehnt und mit einem neuen Versuch vorgeht, der bestenfalls als Stückwerk in der innern Kolonisation bezeichnet werden muß, wo wir ganze Arbeit brauchen. Denn für uns bedeutet das neueste Hilfsmittel dieser Vermittlung, der sogenannte Zwischenkredit bei Rentengutsbegründungen der Generalkommission, in der vom Herrenhaus beliebten einschränkenden Fassung wirklich nichts anderes, es sei denn, daß es dazu dienen möchte, alsbald in die volle staatliche kolonisatorische Thätigkeit überzuleiten, wie dies auch im Hause der Abgeordneten in die Erörterung gezogen worden ist. Thatsächlich scheint allerdings in dem Zwischenkreditgesetz dem Gesetzgeber ein totgebornes Kind beschert gewesen zu sein, denn uns ist von seiner praktischen Anwendung bis zur Stunde nichts bekannt geworden, geschweige denn von einem kräftigen Erblühn.

Also — trägt nicht alles — ein neues Proben, ein neuer Versuch ohne Erfolg! Und der wahre Grund: die staatlichen Fonds setzen wieder zu spät ein! Was aber nun? Nach unsrer Meinung braucht man zwar nicht so weit zu gehn, daß man für die innere Kolonisation ein unbedingtes Staatsmonopol einführt; man mag ruhig die privatkolonisatorische Thätigkeit weiter arbeiten lassen, allerdings mit gehöriger staatlicher Oberaufsicht, die namentlich auch

da, wo sogar alte Bauernstellen (!) geschäftsmäßig zerschlagen werden, einsetzen müßte. Das aber muß jetzt im Staatsinteresse gefordert werden, daß der Staat auch in Pommern, Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg den privatkapitalistischen Unternehmungen wenigstens endlich eine gesunde Konkurrenz schafft, wie er dies eben nur als höchststeigener Unternehmer und Finanzmann thun kann, also mindestens eine eigne staatliche Ansiedlungsbank errichtet, wenn es denn durchaus keine erweiterte Ansiedlungskommission sein soll. Dies wäre ein letzter Versuch, der vor der Hand vielleicht ausreichend sein möchte, den aber unsers Erachtens der Staat Preußen nicht weiter unterlassen und auch durchaus nicht mehr lange aufschieben darf, und wir glauben, daß er ihn thatsächlich alles in allem weniger kosten wird als das jetzige Rentengütervermittlungsverfahren. Eine solche Staatsbank als Zwischenbehörde würde aus dem Reservefonds der Rentenbank mit dem erforderlichen Ankaufkredit auszustatten sein und fände ihre Anlehnung zur Ausnutzung von Zwischenkredit und Rentenbriefen an die schon bestehenden Generalkommissionen, die dann vielleicht einer Umgestaltung entbehren könnten. So ließe sich auch den Anschauungen des Herrenhauses und vielleicht auch den Wünschen des Grafen Kanitz und anderer grundsätzlicher Gegner der Generalkommissionen am leichtesten Rechnung tragen. Das Einzelne wäre Frage der Organisation, die für uns von untergeordneter Bedeutung ist. Die Hauptsache ist und bleibt: was geschehn soll, das geschehe bald, ehe es zu spät ist!



Allerlei Neues vom Monde



Es sind keine naturwissenschaftlichen Fragen, die hier erörtert werden sollen: nicht von Mondgebirgen und Mondthälern, nicht von Mondphasen und Umlaufzeiten, nicht von Ebbe und Flut im Wasser- und Luftmeer unsrer Erde soll in den folgenden Zeilen die Rede sein, sondern der Gegenstand, um den es sich handelt, ist der Name des Mondes. Wir wollen die Bezeichnungen zusammenstellen, die man für den treuen Begleiter unsrer Erde erdacht hat, und diese auf ihren eigentlichen Sinn und Wert prüfen — natürlich, um nicht ins Uferlose zu schweifen, mit gebührender Beschränkung. Nur unsre eigne Sprache und die ihr nahestehenden Sprachen der indogermanischen Völkergruppe sollen berücksichtigt, und von diesen nur das wichtigste herangezogen werden.

Mit der Namengebung ist es eine eigne Sache, und es fällt mir dabei eine alte Geschichte ein, die sich einmal irgendwo zugetragen haben soll. Ein Geistlicher eifert einmal auf der Kanzel im Stile des Abraham a Santa Clara wider den Hochmut derer, die alle Schranken der Natur durchbrechen, alle Rätsel und Geheimnisse lösen wollen, und schließt seine Ausführungen mit den Worten: Ja, meine Andächtigen, so machen es heute die Freigeister und Klüglinge, selbst den Sternen dort oben am Himmelszelt haben sie jedweden seinen eignen Namen gegeben — aber,